

Hermann Anders Korte

## Mobilität und Arbeitsplatz

### I.

„Ich will hier raus!“ schreit eine genervte Stimme in einem aktuellen Werbespot im Hörfunk. Die gute Nachricht folgt sofort. Nach Süden, in die Sonne soll der Mensch fliegen. Hilfe bietet ein Reiseunternehmen. So werden sich viele um Weihnachten in wärmere Gefilde aufgemacht haben, manche sogar für mehrere Monate.

Diese Art von Mobilität ist uns Menschen in Mitteleuropa ganz selbstverständlich geworden. Andere Formen sind weniger eingeübt und machen Probleme. Sei es, daß plötzlich verlangt wird, nicht mehr in Diepholz, sondern in Neu-Ulm zu arbeiten, sei es, daß auch uns fremde Menschen mobil sind, allerdings auf eine andere Art und Weise: Es sind Asylsuchende, Flüchtlinge, Arbeitsmigranten, die zuwandern wollen. Vor allem die Angehörigen der mittleren und älteren Generationen tun sich mit diesen anderen Formen von Mobilität immer noch recht schwer.

Dabei haben diese Formen von Mobilität eine lange historische Tradition. Schon die Völkerwanderung kannte diese Formen der Wanderung. Im Merkantilismus wurden Menschen gezielt ins Land geholt, und es wurde gleichzeitig sorgsam darauf geachtet, daß Spezialisten nicht ausreisten. Aber erst die Industrialisierung mit ihrer hohen Nachfrage nach Arbeitskräften setzte Wanderungen größeren Ausmaßes in Gang: vom Land in die Stadt und aus armen Regionen in Europa zunächst in die Landwirtschaft und dann nach einiger Zeit wiederum in die großen Städte.

Einen solchen Zusammenhang hat Max Weber in seiner Untersuchung von 1892 „Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland“ untersucht. Für Weber war dies ein Beispiel für den Prozeß der zur Moderne führenden Rationalisierungsprozesse und der damit verbundenen unausweichlichen sozialen und politischen Folgen im Zusammenleben der Menschen. Und Max Weber hatte – deutsch-national wie er damals eingestellt war – große Zweifel, ob die Abwanderung der deutschen Tagelöhner in die städtischen Industrien und die Zuwanderung polnischer Landarbeiter ein gutes Ende haben würde.

Mehr als hundert Jahre später gibt es immer noch Ängste vor Zuwanderungen, vor allem bei denen, die sich allzusehr von einer nationalen Sichtweise leiten lassen. Da hat sich nicht viel geändert. Viele andere Komponenten haben sich aber gewandelt. Wichtige Veränderungen sind die demographische Struktur und die Veränderung der Produktionsmethoden.

## II.

Die Zuwanderung nach Deutschland im Zuge der Industrialisierung hielt zunächst bis 1914 an. Vorherrschend war die Arbeit in großen Fabriken, wobei aus Kapitalverwertungszwängen die Produktionsstätten immer größer und die Arbeitsabläufe immer reglementierter wurden. In der Weimarer Republik wurden viele ehemalige Zuwanderer in Deutschland sesshaft und bildeten gemeinsam mit Einheimischen die „deutsche Industriearbeiterschaft“. Wegen wirtschaftlicher Krisen war ein weiterer Zuzug von Arbeitskräften in dieser Zeit nicht notwendig. Die Rüstungsproduktion der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren gab allen nach und nach Arbeit, während des Krieges wurden fehlende Arbeitskräfte durch Zwangsarbeiter ersetzt.

Nach 1945 flohen Millionen von Menschen aus den Ostgebieten nach Westen. Zwischen 1949 und 1961 – dem Jahr des Mauerbaus – kamen ca. 3,5 Millionen Menschen. Diese Zuwanderer stießen auf eine stationäre Arbeiterschaft. Denn das war seit Beginn des 20. Jahrhunderts ein wichtiges Merkmal. Die Arbeiterschaft der Industrie, vor allem des primären und des sekundären Sektors, war stationär geworden, wurde von den großen Industrieunternehmen auch durch Werkswohnungsbau und eigene Sozialsysteme wie Konsumgenossenschaften an den Betrieb gebunden. Oft waren es die ehemaligen Arbeitsmigranten, wie zum Beispiel im Ruhrgebiet, die sesshaft geworden waren und nun auf die Flüchtlinge aus dem Osten und aus der DDR stießen.

Allerdings führte dies nicht zu nennenswerten sozialen Konflikten, vor allem deshalb nicht, weil die anspringende Konjunktur ab Mitte der 1950er Jahre immer aufs neue Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften entwickelte. Immer noch waren es vor allem die großen Produktionsstätten, die Industrieregionen, wo die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten beschäftigt war. Viele der Gastarbeiter, die seit Anfang der 1960er Jahre angeworben wurden, blieben auf ihren Arbeitsplätzen und ließen sich in der Bundesrepublik nieder. Die damit entstandenen sozialen und politischen Fragen und Probleme können hier jetzt nicht angesprochen werden, vielmehr geht

es darum aufzuzeigen, daß es bis in die 1980er Jahre immer wieder dazu kam, daß nach einer gewissen Zeit Zuwanderer sesshaft wurden und daß sie an einem Arbeitsstandort blieben.

Zuwanderer wurden und werden von der jeweils ansässigen Arbeiterschaft stets kritisch betrachtet. Drücken sie die Löhne? Sollen sie als disponible Gruppe gegen die einheimischen Arbeitskräfte mißbraucht werden? Die Ängste sind umso größer, je geringer das soziale Aufenthaltsalter der jeweiligen Gruppe ist. Die italienischen Gastarbeiter fürchteten die türkischen, diese die deutschen Aussiedler und heute alle zusammen die Flüchtlinge aus Armenien und Schwarzafrika.

### III.

Solange diese Mobilität die klassische Industriearbeit suchte und fand, war wenigstens dieser Teil von geringerem Problempotential. Gerade die Hochkonjunktur der 1950er und 1960er Jahre ließ immer neue Industriearbeitsplätze entstehen, die gleichförmig-genormt waren und vor allem Arbeitsdisziplin verlangten. Die Einführung von Rationalisierung und Automatisierung von Fabrikarbeit verschob zwar das Verhältnis von höherer und niedrigerer Qualifikation, aber gearbeitet wurde in einer hierarchischen Fabrikorganisation, in Schichten, örtlich festgelegt.

Aber nun wird die Arbeit mobil. Die computerisierten Arbeitsabläufe sind nicht länger ortsgebunden. Entgrenzung ist deshalb ein zentraler Begriff im Prozeß der Globalisierung. Und diese Öffnung betrifft nicht nur staatliche Grenzen, sondern auch die vielen kleinen und großen Barrieren und Zäune zwischen Branchen, Standorten und innerhalb der Arbeitnehmerschaft - beispielsweise zwischen Facharbeitern und Angelernten, zwischen Männern und Frauen. In diesem Prozeß, der sich von Jahr zu Jahr beschleunigt, nimmt die Zahl der standortfesten Arbeitsplätze in Großorganisationen ab, also das, was bei uns immer noch so schön Normalarbeitsplatz mit Normalarbeitsvertrag heißt. Aber auch die Beton-Fraktionen in den Gewerkschaften werden es nicht verhindern können, daß in zehn Jahren nur noch weniger als die Hälfte der Arbeitnehmer solche klassischen, durch Tarifvertragsrecht abgesicherten Arbeitsverträge hat.

Diese Prozesse haben inzwischen eine Eigengesetzlichkeit entwickelt. Je mobiler Arbeit wird, umso mobiler wird die Gesellschaft sein müssen. Der über zwei Jahrhunderte zu beobachtende Vorgang, daß Migranten an die Industriestandorte

wandern und dort mit der Zeit seßhaft werden, wird Geschichte. Jetzt suchen Arbeit und Arbeitsuchende einander, die alten Gewißeheiten sind dahin. Wer nicht mobil ist, hat schon verloren.

#### IV.

Dies zur Kenntnis zu nehmen, ist nicht nur wichtig für Tarifparteien, die Wohnungswirtschaft und soziale Hilfsorganisationen. Es ist auch wichtig, wenn man überlegt, welche Auswirkungen dies auf den neben der Arbeit wichtigsten Pfeiler unserer Gesellschaft, die Familie, haben wird. Bedeutsam ist diese Entwicklung aber auch für die Frage, wie Zuwanderung in die Bundesrepublik, eigentlich in die westeuropäischen Staaten, gelenkt werden soll. Aus demographischen Gründen ist ein positiver Wanderungssaldo von mindestens 200.000 jüngeren Migranten über einen längeren Zeitraum hinweg notwendig, jedenfalls dann, wenn unser Lebensstandard und unsere Sozialsysteme halbwegs erhalten bleiben sollen. In den letzten Jahren hat es trotz der öffentlichen Debatte über die Probleme der Zuwanderung keineswegs derartige positive Wanderungssalden gegeben, meist waren sie sogar negativ.

Die Debatte über die Zuwanderung wird aber so geführt, als würden immer noch, wie in den 1960er Jahren die Gastarbeiter, Arbeitskräfte für bestimmte Industriestandorte oder spezifische Branchen angeworben, so als ob das klassische Muster des Verhältnisses von Arbeit und Mobilität noch existiere. Dieser Zusammenhang indes löst sich auf.

Das verlangt dann aber auch andere Steuerungsinstrumente. Dies gilt ebenso für die Wohnungswirtschaft. Einerseits wird die Wohnung als Rückzugsort der Menschen wieder eine größere Bedeutung bekommen; vom sicheren Hort der Wohnung kann der einzelne noch am ehesten die Fragmente seines Lebens zusammenbringen. Aber die Lieblingsvorstellung von dem Mieter, der einzieht, regelmäßig Miete zahlt, nicht besonders auffällig ist und am Ende des Lebens aus der Wohnung getragen wird, entweder erst noch ins Pflegeheim oder gleich auf den Friedhof, diese Figur wird immer seltener anzutreffen sein. Häufiger Wohnungswechsel, kürzere Vertragslaufzeiten werden zunehmen. Aber hier wie überall gilt: Beamten-Mikado ist out, nur wer sich bewegt, kann gewinnen.

**Prof. em. Dr. Hermann Anders Korte**, Professor am Institut für Soziologie der Universität Hamburg, Kurator der Schader-Stiftung